

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und CDU

Europäisch handeln - Engagement des Landtages in der Europapolitik fortführen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern kommt der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Verantwortung und aufgetragenen Aufgabe bei der Mitwirkung an der europäischen Integration aktiv nach, partizipiert an parlamentarischen Versammlungen und übernimmt in diesen leitende Funktionen, sodass die Interessen des Landes vertreten werden. Das Landesparlament agiert als Schnittstelle von Landes- und Europapolitik.

II. Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass erstmalig in der Geschichte der Europäischen Union der Präsident aus einer Wahl zum Europäischen Parlament hervorgegangen ist. Die demokratische Legitimation hat dadurch eine qualitative Aufwertung erfahren.
2. Der Landtag begrüßt, dass der Präsident der Kommission in seiner Bewerbungsrede vor dem Europäischen Parlament angekündigt hat, die Arbeitslosigkeit durch private und öffentliche Investitionen bekämpfen zu wollen.
3. Der Landtag bewertet die neue Struktur der EU-Kommission als positiv, da sich durch die Einrichtung von Clustern thematisch übergreifende Politikbereiche besser koordinieren und zusammenführen lassen.
4. Der Landtag wird auch weiterhin mit der neuen EU-Kommission einen regen, themen- und landesspezifischen politischen Dialog pflegen, um die europäischen Interessen des Landes umzusetzen.

5. Der Landtag wird seine grenzüberschreitende parlamentarische Zusammenarbeit mit den Parlamenten im Ostseeraum weiter vertiefen, um die Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen fortführen und intensivieren zu können.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Begründung:

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 haben verdeutlicht, dass der europäische Gedanke durch extreme politische Kräfte in ganz Europa infrage gestellt wird. Auch in Mecklenburg-Vorpommern haben europakritische Parteien an Zustimmung gewonnen. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Bundesland in der Mitte Europas und profitiert in besonderem Maße von der Politik und den Förderinstrumenten der Europäischen Union. Laut den Verträgen von Lissabon ist ein stärkeres europapolitisches Engagement der nationalen Parlamente ausdrücklich erwünscht. Der durch den Landtag 2013 intensivierte politische Dialog mit der EU-Kommission soll auch mit der neuen Kommission unter ihrem Präsidenten Juncker weiterhin gepflegt werden. In ihrer europapolitischen Erklärung vom Juni 2014 sprechen sich die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente für eine verstärkte europapolitische Positionierung der subnationalen Parlamente aus. In diesem Zusammenhang findet auch der politische Dialog mit den Institutionen des Staatenverbundes Erwähnung.

Besonders die neue Struktur der Kommission Juncker ist zu begrüßen. Die eingerichteten Cluster unter Führung der sieben Vizepräsidenten ermöglichen eine bessere Koordinierung der Politiken und erleichtern die ressortübergreifende Zusammenarbeit. Für politische Gespräche des Landes ist dies insofern von Vorteil, wenn es um die Durchsetzung von europäischen Interessen des Landes geht und in Brüssel ein Ansprechpartner zusammengehörende Politikbereiche koordiniert.

Das 11. Parlamentsforum Südliche Ostsee 2013 in Schwerin unter Beteiligung des Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz, hat gezeigt, dass es für den Landtag und die anderen beteiligten Parlamente von großem Nutzen ist, den politischen Dialog mit den europäischen Institutionen zu pflegen, um die Interessen des Landes in Brüssel bekanntzumachen und letzten Endes umsetzen zu können.

Bereits jetzt kommt der Landtag seiner Funktion als Schnittstelle von Landes- und Europapolitik nach. Dazu zählen unter anderem die regelmäßigen Unterrichtsfahrten der Fachausschüsse, die Wahrnehmung des Mandats im Ausschuss der Regionen und der schon erwähnte politische Dialog mit der Kommission in subsidiären Angelegenheiten. Nicht zuletzt aus eigenem Interesse heraus ist das hiesige Landesparlament seit Kurzem Mitglied im Informationsnetz für Subsidiaritätskontrolle des Ausschusses der Regionen.

Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zu seiner europapolitischen Verantwortung, die sich aus der Verfassung des Landes ergibt, und unterstreicht mit diesem Antrag, an der Integration der EU weiterhin mitzuwirken. Nur durch eine europafreundliche Positionierung des Landes kann die positive Entwicklung des Bundeslandes fortgesetzt werden.